

P.M. KAR
TOFFELN
UND COMPUTER
MÄRKTE DURCH
GEMEINSCHAFTEN
ERSETZEN

EDITION NAUTILUS

Die Marktwirtschaft ist am Ende – was nun?

Es ist heute nicht mehr nötig zu beweisen, dass unser Wirtschaftssystem langfristig nicht funktioniert und darüber hinaus nicht umweltverträglich und lebensfeindlich ist.

Selbst rechte Ökonomen haben sich vom Kapitalismus verabschiedet; Wissenschaftler wie Claus Leggewie erklären, dass es nur noch darum geht, seine »Abwicklung« möglichst schonend zu organisieren. Die Ratlosigkeit der Kapitaleigentümer selbst drückt sich aktuell darin aus, dass sie 4 Milliarden Euro zu einem Negativzins von -0,07 Prozent in deutschen Staatsanleihen angelegt haben (8.1.2012). Angesichts der Selbstverspottung des Systems lohnt sich eine Kritik nicht mehr.

Gemäß einer Studie der BCC glauben nur noch 11 Prozent der Weltbevölkerung, dass der Kapitalismus gut funktioniert. In Frankreich, Mexiko und der Ukraine verlangen mehr als 40 Prozent, dass er durch etwas gänzlich anderes ersetzt werden sollte. Es gibt nur zwei Länder, wo mehr als ein Fünftel der Bevölkerung glaubt, dass der Kapitalismus in seiner heutigen Form gut funktioniert: 25 Prozent in den USA und 21 Prozent in Pakistan.

Die auf Wachstumslogik basierende Marktwirtschaft ist nicht fähig, sich auf eine endliche Umwelt einzu-

stellen. Zugleich führt sie nicht zu allgemeinem Wohlstand, sondern zu immer größerer sozialer Ungerechtigkeit. Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen inzwischen 85 Prozent des Vermögens. Das reichste Prozent besitzt immerhin 40 Prozent davon. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung verdient nur 1 Prozent des Gesamteinkommens, die andere Hälfte 99 Prozent. 1960 lebte das reichste Fünftel von einem 30-mal höheren Einkommen als das ärmste Fünftel, im Jahr 2000 hatte es schon 80-mal mehr. Womit wir es zu tun haben, ist nicht einfach eine »Wirtschaftsform«, sondern ein strukturelles, allerdings außer Kontrolle geratenes Machtsystem einer globalen Oligarchie. Diese Tatsache, und nicht wissenschaftliche Meinungsverschiedenheiten über »unsere« Wirtschaft, machen die heutigen Auseinandersetzungen so gehässig.

Während schon fast ein Konsens darüber besteht, dass wir aus dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem heraus müssen, scheint es noch nicht so klar zu sein, wie das geschehen soll. Die Frage, was denn den Kapitalismus ersetzen soll, ist jedoch falsch gestellt. Er kann nicht einfach durch ein anderes System, eine Alternativökonomie, ersetzt werden, denn einer seiner Fehler ist ja gerade, dass er ein einheitliches System ist, das sich über alle natürlichen und menschlichen Besonderheiten hinwegsetzt und alles über den gleichen Kamm schert. Der Kapitalismus wird durch eine Vielfalt von Kreisläufen transformiert werden, die regional und funktional so gestaltet sind, dass punktuelle Probleme sich

nicht als Laufmaschinen durch das ganze Gewebe fressen können.

Heute halten sich Ängste vor Chaos, Barbarei und einem Absturz ins Elend die Waage mit der Lust auf Neues, auf eine neue Welt, wo alle gut leben können und keinen Grund mehr haben, sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen. Dieser Mut zur Wende, zum Wandel, kann gefördert werden, wenn wir konkrete Konzepte des Umbaus entwickeln und Abstand nehmen von zwar gut gemeinten, aber nicht anwendbaren allgemeinen Dogmen, Werten und Schlagworten. Es könnte sogar sein, dass der Postkapitalismus immer noch Kapitalismus heißt, aber im Kern schon etwas ganz anderes ist. Es geht nicht um Worte, sondern um die Sache.

Wahrung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat sind für eine postkapitalistische Gesellschaft unverzichtbar. Ohne eine andere Wirtschaftsordnung, die auf sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Ressourcennutzung beruht, bleiben sie jedoch illusorisch. Der losgelöste Kampf für diese Rahmenbedingungen wird daher immer im Katzenjammer enden. Ohne ein neues Gesellschaftsmodell gibt es keinen Ausweg.

In der Folge versuche ich ein paar Vorschläge zu machen, wie wir jenseits von Wachstum, Profitzwang und oligarchischer Erpressung unser Leben gestalten könnten, und zwar global. Es wird darum gehen, einen Prozess zu befördern, der nicht nur eine kleine Bewegung, sondern vielfältige gesellschaftliche Akteure und Institu-

tionen, Parteien, Regierungen, Verbände einbezieht und sogar den der »alten Welt« Verhafteten klarmacht, dass auch ihr Leben sicherer und glücklicher wird, wenn ihre oligarchischen Privilegien verschwinden. Es gibt auch ein gutes Leben ohne Privatjets.

Wenn es gelingt, den Wandel als einen integrativen, demokratischen Prozess zu gestalten, dann wird es vielleicht möglich sein, ihn ohne den Preis gewaltsamer Konflikte zu erreichen.

Je genauer wir wissen, was wir wollen, umso weniger unnötiges Leiden wird es geben.

Die Commons: Zugang zu Land und Wissen

Als Erstes müssen wir uns von dem ökonomistischen Blick, von einer illusorischen Selbstdefinition als isolierte Wirtschaftssubjekte trennen. Und das nicht aus irgendwelchen ideologischen oder moralischen Gründen, sondern weil es so einfach nicht geht, nicht den Realitäten entspricht. Menschen können allein nicht überleben. Wir sind aufeinander angewiesen. Unser Leben kann nur gemeinsam gestaltet werden.

Wir müssen uns von einem System verabschieden, das uns zwingt, unseren Lebensunterhalt individuell zu erobern, stattdessen gehen wir davon aus, dass es von allem genug gibt und dass wir nur dafür sorgen müssen,

dass alle bekommen, was sie brauchen. Die verkehrte Welt des Kapitalismus muss auf die Füße gestellt werden. Wir sehen uns als Teilhaber, mit Rechten und Pflichten, nicht als Konkurrenten.

Als *commons* bezeichnen wir Arrangements zur Herstellung und Erhaltung von gemeinsam genutzten Ressourcen. Es handelt sich also um eine spezifische Art der Beziehung zwischen Menschen in Bezug auf die Dinge, die für ihre Existenz notwendig sind. *Commons* brauchen die *community*, die sie durch kollektives Handeln pflegt und erhält, das *commoning* genannt wird. Ob etwas ein *common* ist, hängt also von der Art der Nutzung ab. *Commons* entspricht im Deutschen der Allmende, das heißt den für alle gleichermaßen nutzbaren Allgemeingütern. Ursprünglich eine Weide, auf der alle gemäß bestimmten Regeln ihr Vieh weiden konnten, wird der Begriff *commons* heute auf alle lebenswichtigen Güter und Dienstleistungen, seien sie nun materiell oder immateriell, angewandt. Darum verwenden wir den englischen Begriff.

Weltweit gibt es heute (noch) von allem genug: Nahrungsmittel, Energie, Wasser, Medikamente usw. Das Problem besteht nur darin, dass nicht alle Zugang dazu haben. Und das ist ein Demokratie- bzw. Machtproblem.

Das gemeinsame Wohlergehen wird in der Zukunft auf zwei elementaren Zugangsformen basieren: Zugang zu Land (Nahrung, Rohstoffe, Energie etc.) und Zugang zu Wissen (die Fähigkeit, alle Produktionsmittel zu

nutzen und zu verbessern, seien sie nun materiell oder immateriell): Im Grunde geht's also um Kartoffeln und Computer.

Ernährung und Wissen, Landwirtschaft und Ausbildung stehen im Zentrum vieler politischer Bewegungen, die eine neue globale Gemeinschaft anstreben und zum Teil bereits begründen. Während die Grundprinzipien unangefochten sind und als selbstverständlich gelten, besteht gleichzeitig noch keine Klarheit über geeignete Formen und notwendige Institutionen.

Commons können wir nicht sinnvollerweise auf die Gesetzmäßigkeiten des privaten Profits gründen. Märkte stellen keine Gleichheit her, sondern bilden nur die Mächte und Kräfte ab, die sie benützen. Land und Wissen sollten vielmehr gemeinsam und gemäß den Bedürfnissen von allen genutzt werden. Alle sollten in allen Angelegenheiten gleichermaßen stimmberechtigt sein. Niemand sollte ausgeschlossen werden, aus welchen Gründen auch immer. Der Mensch in seiner Zerbrechlichkeit sollte respektiert werden.

Commons müssen als eine *bewusst gegründete* Gemeinschaft verstanden werden. Erst ein Rahmen von Zuverlässigkeit und Gleichheit, sowohl in der Kommunikation als auch in der Selbstorganisation (echte Demokratie), bietet die Voraussetzung für die Nutzung gemeinsamer Güter. Ohne einen solchen gesellschaftlichen Konsens wird der unregelte Umgang mit unseren gemeinsamen Gütern in einer Tragödie enden, da dieser Planet ökologische Grenzen hat. Gemeinschaftlichkeit heißt

nicht Formlosigkeit, sie braucht Institutionen. Über mögliche Formen, Beziehungen und Proportionen müssen wir uns unterhalten und sie dann verbindlich machen. Eine gewisse Skepsis gegenüber unspezifischem Vertrauen und spontaner Selbstorganisation kann dabei nicht schaden.

Elinor Ostrom (*Governing the Commons*, 1990) nennt sieben Regeln, die zur Bewahrung der Commons beachtet werden müssen. Diese sind:

- 1) Klar definierte Grenzen und einen wirksamen Ausschluss von externen Nichtberechtigten.¹
- 2) Regeln bezüglich der Aneignung und der Bereitstellung der Allmenderessourcen müssen den lokalen Bedingungen angepasst sein.
- 3) Die Nutzer können an Vereinbarungen zur Änderung der Regeln teilnehmen, so dass eine bessere Anpassung an sich ändernde Bedingungen ermöglicht wird.
- 4) Überwachung der Einhaltung der Regeln.
- 5) Abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen.
- 6) Mechanismen zur Konfliktlösung.
- 7) Die Selbstbestimmung der Gemeinde wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt.²

¹ Das bezieht sich natürlich nur auf die jeweils definierten Kreise der Commons.

² Statt »Regierungsstellen« können wir sinngemäß einsetzen: »nächstgrößere Kreis der Commons«. Worum es hier geht, ist die notwendige Rückbindung von Gemeinschaften, damit sie nicht in einer isolierten Lebenswelt gefangen bleiben und Kollektivegoismen entwickeln.

Die heutigen Verwalter der oligarchischen Kapitalinteressen erweisen sich als nicht verantwortungsfähig. Daher ist ein Aufbruch zu einer umfassenden Demokratie, die nicht nur auf eine willkürlich abgetrennte politische Sphäre begrenzt ist, unabdingbar. Der Kampf für Demokratie ist der Kampf für das Leben auf diesem Planeten. (Vgl. Moore Lappé: »Das Hungerproblem ist ein Demokratieproblem.«)

Die Gesamtbevölkerung des Planeten ist *eine* kooperative Gemeinschaft, einfach weil *alle* dazugehören. Doch sich innerhalb dieser großen Gemeinschaft auf die praktischen, alltäglichen Angelegenheiten zu verständigen ist schwierig – auch mit Hilfe von E-Mail, Facebook und anderen Mitteln. Selbst wenn es im Moment noch pompös erscheint, über »planetarische Planung« zu sprechen, so werden wir langfristig nicht darum herunkommen, globale Ressourcen gerecht zu verteilen und dafür geeignete Institutionen zu schaffen.

Es kann nicht angehen, dass unser Öl, Wasser und Boden, unsere Rohstoffe, Jagd- und Fischereigründe von denen als exklusiver Besitz beansprucht werden, die sie sich aufgrund historischer Umstände angeeignet haben. Das Gleiche gilt für die immateriellen Güter, Wissenschaft und Technik, die nicht nur denen gehören, die sie zuerst entwickelt haben. Die sogenannte »westliche Zivilisation« ist ein Welterbe, denn sie war nur möglich als Gemeinschaftswerk vieler Zivilisationen (inklusive der indigen-amerikanischen).

Im Sinne von Warren Buffets Motto, nur in das zu in-

vestieren, was wir auch wirklich verstehen, schlage ich vor, dass wir unsere Betrachtung der globalen Commons beginnen, indem wir uns zunächst unserer unmittelbaren Nachbarschaft zuwenden.

Kooperation und Nachbarschaft: Zusammen gut leben

Die komplexe planetarische Wirtschaftsmaschine produziert letztendlich alle Güter, die wir zu Hause und in der Nachbarschaft verwenden. Sobald wir unseren alltäglichen Lebenswandel neu ausrichten, so dass wir ökologische und seelische Grenzen berücksichtigen (gesunde Biosphäre und Zufriedenheit), ergibt sich der Rest von selbst.

Zur Zeit ist die Welt geteilt: 20 Prozent »Reiche« verbrauchen 80 Prozent der Ressourcen, während 80 Prozent »Arme« sich die verbleibenden 20 Prozent der Ressourcen teilen. Betrachten wir den ganzen Planeten als eine Gemeinschaft, dann erscheinen unsere Aussichten auf ein friedliches Zusammenleben finster, falls wir diese Kluft nicht überwinden.

Wir brauchen einen Konsens über ein »gutes Leben« für alle Erdbewohner im Einklang miteinander und mit dem Planeten. Vertrauen und Solidarität, als Voraussetzung für den gemeinsamen und nachhaltigen Gebrauch von Ressourcen, können nur durch *Gerechtigkeit* ge-

schaffen werden. Klimatische und geografische Umstände können berücksichtigt werden – wir müssen nicht alle auf die gleiche Weise leben –, aber unsere Ansprüche an das Ökosystem müssen ungefähr gleich sein. Ohne Klimagerechtigkeit wird der Klimawandel nicht aufzuhalten sein.

Während die Mehrheit der Menschen an Unterversorgung leidet, ist eine Minderheit in einer Tretmühle von Arbeitsstress und Konsumismus gefangen. Dieser Pfad zwischen Burnout und leerem Trost (= Komfort) ist weder ökologisch noch psychologisch durchzuhalten. Durch bloße Aufrufe zum Konsumverzicht ist er allerdings nicht korrigierbar. Die falschen Identitäten, die heute durch Marken, Gadgets und Moden vermittelt werden, müssen durch Formen des Zusammenlebens ersetzt werden, die es uns erlauben, unsere Persönlichkeit direkt entfalten und darstellen zu können. Das »stahlharte Gehäuse des Konsumismus« (Jackson), das uns an das ökonomische Wachstum kettet, kann nur so aufgebrochen werden. Ein idealer Rahmen dafür sind vielfältige, interaktive Nachbarschaften. Diese Alltagsgemeinschaften garantieren nicht nur existenzielle Sicherheit, sondern auch persönliche Kommunikation, Austausch und gemeinsamen Gebrauch von Gütern, eine gelebte Identifikation. Durch die Synergien in diesem Rahmen ist es möglich, eine 1.000-Watt-Lebensweise mit bestehenden Technologien zu erreichen und außerdem noch »mehr vom Leben zu haben« (vgl. Jensen, 2011). Wir brauchen einen »hedonistischen Ausstieg aus dem Konsumismus« (Jackson).